

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



ÖVP-Kurz will Strafen für Unternehmen abschaffen

Geht es nach dem Chef der so genannten „neuen ÖVP“, Sebastian Kurz, sollen die Kontrollen des Arbeitsinspektorats eingeschränkt und das Strafmaß bei Übertretungen massiv reduziert werden. Das ist ein Anschlag auf den Arbeitnehmerschutz!

Wenn Sebastian Kurz das Arbeitsinspektorat „neu aufstellen“ will, schrillen bei der FSG die Alarmglocken. Denn das bedeutet nichts anderes als eine Schwächung des Arbeitnehmerschutzes. Kurz will die Kontrollen des Arbeitsinspektorats einschränken und den Strafrahmen bei Übertretungen massiv reduzieren. Damit erfüllt er einen lange gehegten Wunsch der Wirtschaft.

Große Unternehmen würden profitieren

Handelsketten oder große Industriebetriebe, die gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen, müssen nach derzeitiger Rechtslage für jedes Delikt eine eigene Strafe zahlen. Wenn 20 Beschäftigte einer Firma an einem Feiertag arbeiten, zahlt die Firma 20 Mal Strafe wegen verbotener Feiertagsarbeit. Das will Kurz ändern: Künftig soll nur mehr eine Strafe pro Unternehmen verhängt werden, unabhängig davon, wieviele ArbeitnehmerInnen betroffen sind.

Weniger Kontrollen = gefährlichere Arbeit

Damit spielt Kurz einem seiner größten Gönner, KTM-Chef Pierer, in die Hände. Der sagt unverhohlen: „Ich kann es mir leisten, seit 30 Jahren die Arbeitszeitgrenze massivst zu überschreiten und ich mache es mit Freude.“ Gilt das dann auch für seine Beschäftigten? Die Folgen wären fatal und höchst gefährlich. Denn er und Kurz nehmen in Kauf, dass die Arbeit für viele gefährlicher und ungesünder wird. ■



Dr. Johann Kalliauer
AK Präsident und
ÖGB Landesvorsitzender